



# AUßERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

DER JUSOS MÜNSTER

Beschlussbuch

17. August 2015

# Inhalt

## Antragsbereich

A1 Euer Verhalten beim Parteikonvent zur VDS ist nicht unser Verständnis von innerparteilicher Willensbildung!	3
A2 Flucht ist kein Verbrechen! 10 Punkte für einen schnellen Kurswechsel in der Asylpolitik.	7
A3 Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik	10
A4 Kultur für alle – Eckpunkte für eine progressive Kulturpolitik	14

# **A1 Euer Verhalten beim Parteikonvent zur VDS ist nicht unser Verständnis von innerparteilicher Willensbildung!**

Antragsstellerin: Johanna Gebhardt

## **1 Egal, wie ihr es nennt: Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist ist nichts anderes als Vorratsdatenspeicherung!**

3 Wir Jusos sehen in dem Gesetzesentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist  
4 für Verkehrsdaten nach wie vor eine Vorratsdatenspeicherung. Egal, ob man nun das Wort Vorratsda-  
5 tenspeicherung (VDS) benutzt oder versucht, es durch „Speicherpflicht“ und „Höchstspeicherfrist“ zu  
6 ersetzen, es bleibt die gleiche anlasslose Aufzeichnung personenbezogener Daten und ist damit ein  
7 beachtlicher Eingriff in die Privatsphäre und in die Grundrechte der Bürger\*innen. Den Stimmen der  
8 Parteispitze, dass der Gesetzesentwurf das legitime Sicherheitsinteresse der Bürger\*innen mit den ge-  
9 wichtigen Anforderungen eines modernen Datenschutzes und dem Grundrecht auf informationelle  
10 Selbstbestimmung in Einklang bringt, widersprechen wir. Die VDS stellt flächendeckend alle Bürger\*in-  
11 nen unter Generalverdacht. Es gibt keinen legitimen Zweck, der geeignet ist, diesen massiven Eingriff  
12 zu rechtfertigen. Noch immer kann niemand garantieren und kontrollieren, dass Daten wieder gelöscht  
13 werden, auch wenn den Telekommunikationsdienstleistern Bußgelder angedroht werden. Noch im-  
14 mer kann niemand beantworten, wie ein Missbrauch der durch die VDS erlangten Daten verhindert  
15 wird. Und wer die Überwacher\*innen überwacht, darauf gibt es auch keine befriedigende Antworten.  
16 Vor allem jedoch lässt sich der Nutzen einer wie auch immer gearteten VDS nicht belegen. So hat die  
17 VDS in Deutschland von 2008 bis 2010 keinen Einfluss auf die Verbrechens- oder auch Aufklärungsrate  
18 gehabt, Gerade wenn sie aber keine Wirkung hat, wie kann man dann eine flächendeckende Massen-  
19 überwachung rechtfertigen? Für uns ist es also egal, wie die Parteispitze es nennt: VDS ist und bleibt  
20 Mist und muss endlich dauerhaft begraben werden!

## **21 Es war einmal...**

22 In der großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD wurde im Jahr 2007 die Vorratsdatenspeicherung  
23 beschlossen und 2008 eingeführt. Das Bundesverfassungsgericht griff 2010 ein und erklärte das Ge-  
24 setz, dass 2007 verabschiedet wurde, für verfassungswidrig. Daraufhin hat der SPD-Bundesparteitag  
25 in 2011 sich für die Einführung einer VDS unter bestimmten „strengeren“ rechtsstaatlichen Vorausset-  
26 zungen ausgesprochen. Die Richtlinie der Europäischen Union (EU) zur VDS wurde ebenfalls vom Eu-  
27 ropäischen Gerichtshof (EuGH) im April 2014 für nichtig erklärt, da sie gegen die EU-Grundrechtecharta  
28 verstößt. Während der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode vereinbart wurde, war die EU-  
29 Richtlinie zur VDS noch in Kraft, wodurch die Parteien festschrieben, dass sie die Richtlinie umsetzen  
30 wollen, um die Verhängung von Zwangsgeldern durch den EuGH zu vermeiden. Nachdem der EuGH  
31 nun aber im April 2014 die Richtlinie für nichtig erklärt hatte, gab es keinen Grund mehr an einer, wie  
32 auch immer ausgestalteten VDS festzuhalten. Nichtsdestotrotz hat Justizminister Heiko Maas, früher  
33 selbst VDS-Gegner, nach Aufforderung des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, im April diesen Jahres  
34 einen Gesetzesentwurf zur Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten vorgelegt.

## 1 **Wenn der Parteikonvent als innerparteiliche Demokratie inszeniert wird**

2 Da die innerparteilichen Stimmen gegen die VDS immer lauter wurden – mittlerweile hatten elf Landesverbände Beschlüsse gegen die VDS gefasst, unter anderem auf Initiative der NRW Jusos einstimmig die NRW SPD, und verschiedene Arbeitsgruppen mit kreativen Ideen Stimmung gegen die VDS gemacht – beschloss der Parteivorstand den Gesetzesentwurf auf dem Parteikonvent von der Partei absegnen zu lassen.

7 Am 20. Juni 2015 hat der Parteikonvent der SPD den Antrag zur „Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist im Einklang mit Datenschutz und Grundrechten“, der vom Parteivorstand eingebracht wurde, beschlossen. Somit wurde innerparteilich der Weg für den Gesetzesentwurf des Justizministers Heiko Maas zur Vorratsdatenspeicherung frei gemacht. Der Bundestag soll nach der Sommerpause über den Gesetzesentwurf entscheiden, Kritiker\*innen kündigten bereits eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an.

13 Der Beschluss des Parteikonvents behauptet, dass sich die SPD gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der bisherigen Form ausspricht und listet den Gesetzesinhalt auf, der den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, des Europäischen Gerichtshof und dem Beschluss des Bundesparteitags in 2011 Rechnung tragen würde. Der Beschluss wurde mit 124 zu 88 Stimmen bei sieben Enthaltungen angenommen, wodurch die 25 Anträge aus Reihen der Bezirke, die sich gegen eine VDS richteten, hinfällig wurden.

19 Der Parteikonvent dient der SPD als „kleiner Parteitag“ und findet in der Regel einmal jährlich als inhaltliches Beschlussorgan zwischen den Bundesparteitagen statt. Die Unterbezirke und Kreisverbände entsenden 200 von ihren Parteitagen gewählte Delegierte. Hierbei hat jeder Kreisverband oder Unterbezirk ein Grundmandat, die restlichen Mandate werden über den Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahl auf Bundesparteitagen vergeben. So entfallen beispielsweise auf NRW 48 Mandate. Delegiert sind zusätzlich die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstands. Hinzu kommen beratende Mitglieder wie die Vorsitzenden der Landesverbände, der Bundestagsfraktion, der Fraktion im europäischen Parlament oder die Ministerpräsident\*innen.

27 Im Vorfeld des Parteikonvents wurde in der Partei deutlich, dass VDS nicht ohne Diskussionen durchkommt. Beide Seiten, Gegner\*innen und Befürworter\*innen versuchten, über Netzwerke, über Gegenanträge und persönliche Gespräche Mehrheiten zu organisieren. Während an der Basis deutlich wurde, dass ein großer Teil der Delegierten gegen die VDS stimmen würde, äußerte sich Generalsekretärin Yasmin Fahimi zuversichtlich, dass der Parteikonvent der Vorlage des Parteivorstands folgen würde, schließlich sei sich die Partei bewusst, dass es um die Regierungsfähigkeit der SPD gehe. Sigmar Gabriel ist hingegen noch einen Schritt weiter gegangen und hat intern mit seinem Rücktritt gedroht, sollte der Beschluss zur VDS nicht gefasst werden. Anzumerken ist auch noch, dass innerhalb der elf Landesverbände, die auf Landesebene eine Beschlusslage gegen VDS hatten, wenig bis gar nicht versucht wurde, den Delegierten eine gemeinsame Abstimmungsempfehlung, die sich gegen die VDS richtet, zu geben.

38 Der Parteivorstand hatte das Präsidium des Parteikonvents gebeten, der Debatte um VDS ein großes Zeitfenster einzuräumen. Heiko Maas brachte den Antrag des Parteivorstands ein, informierte über den Gesetzesentwurf, erläuterte seine Verhandlungserfolge gegenüber der CDU/CSU und begründete seinen Kurswechsel in dieser Frage. Zu Beginn der Aussprache waren die Gegenpositionen zur VDS dominant, wodurch der Parteivorstand nach geraumer Zeit nervöser wurde. Delegierte berichteten im

1 Anschluss des Parteikonvents, dass während der Debatte Spitzenfunktionär\*innen der Partei durch die  
2 Reihen der Delegierten liefen, um sie davon zu überzeugen, für den Antrag zu stimmen. Zum Teil sei  
3 dies durch sachliche Argumentation geschehen, zum anderen Teil aber auch durch Druck. Delegierte  
4 sollten den Raum verlassen, wenn sie schon nicht mitstimmen würden. Einzelnen Delegierten wurde  
5 gedroht, dass sie ihre Position in der Partei verlieren oder „nichts mehr werden“ würden, wenn sie  
6 gegen den Antrag stimmen. Als es zur Abstimmung kam, schien das Ergebnis zuerst unübersichtlich,  
7 so dass eine Auszählung gefordert wurde. Die Auszählung wurde allerdings nicht nur vom Präsidium  
8 durchgeführt, auch einzelne Spitzenfunktionär\*innen standen auf und zählten „ihre“ Reihen durch.  
9 Durch dieses Verfahren zeigte sich im Einzelfall, wer für und wer gegen den Antrag stimmte.

## 10 **Euer Verhalten beim Parteikonvent zur VDS muss Konsequenzen haben!**

11 Bei dem Abstimmungsergebnis von 124 zu 88 zu sieben ist zuerst einmal allen Delegierten zu danken,  
12 die sich gegen die VDS ausgesprochen haben, trotz des Drucks der durch Spitzenfunktionär\*innen aus-  
13 geübt wurde.

14 Die SPD hat in den letzten Jahren versucht, sich als Mitmach-Partei zu etablieren und ist mit dem Ver-  
15 sprechen voran geschritten, dass die Stimmen der Basis bis zum höchsten Zimmer im Willy-Brandt-  
16 Haus gehört werden sollen. Wenn wir aber das Vorgehen im Fall der Vorratsdatenspeicherung sehen,  
17 ist dieses Versprechen nicht erfüllt!

18 Für uns ist unerklärlich, wieso die Parteispitze unbedingt an der VDS festhalten möchte, wobei die EU-  
19 Richtlinie für nichtig erklärt wurde und es somit keinen Grund gibt, dieses Projekt weiter voran zu trei-  
20 ben. Die erklärte Grundlage des Parteivorstands, also die Passage im Koalitionsvertrag zur VDS, muss  
21 damit nicht mehr erfüllt werden. Die ganze Debatte hatte also von Beginn an nichts mit der Regie-  
22 rungsfähigkeit der SPD zu tun. Deshalb kritisieren wir auch, dass der Parteivorsitzende die Abstimmung  
23 an seinen Rücktritt gekoppelt hat. Wir sind kein Abnick-Verein des Parteivorstandes. Die SPD muss aus  
24 unserer Sicht eine Partei sein, die diskutiert und die streitet. Und solche Debatten können auch mal  
25 verloren werden, ohne, dass die Parteispitze mit allen Mitteln ihre Meinung gegen die Mehrheit der  
26 Partei durchdrückt. Die Koppelung an Rücktritt sehen wir als eine reine Machtfrage an und nicht als  
27 etwas, dass bei inhaltlichen Debatten notwendig ist.

28 Außerdem verlief die Debatte um den Begriff „Kompromiss“. Wir können aber keinen Kompromiss  
29 eingehen, wenn das Thema keinen Kompromiss zulässt. Denn hier gibt es kein "ein bisschen VDS".  
30 Natürlich kann man darüber diskutieren, ob man nun drei oder sechs Monate speichert. Allerdings ist  
31 der Tabubruch bereits weit vorher geschehen und stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die  
32 Grundrechte aller Bürger\*innen dar.

33 Unter Mitmach-Partei verstehen wir auch, dass Delegierte sich nicht Druck von Spitzenfunktionär\*in-  
34 nen ausgesetzt sehen müssen. Delegierten zu drohen, dass sie ihre Position verlieren oder dass aus  
35 ihnen nichts mehr wird, ist ein gravierender Einschnitt in unser Verständnis von innerparteilicher De-  
36 mokratie. Hieraus müssen Konsequenzen für kommende Debatten gezogen werden.

37 Auch stellt sich für uns die Frage, wieso der Parteivorstand auf einem Konvent in einem Verhältnis  
38 stimmberechtigt ist, das die Mehrheitsverhältnisse so stark verändern kann. Der Parteikonvent wurde  
39 zu Beginn als Möglichkeit zur Mitsprache der unteren Ebenen zwischen den Bundesparteitagen einge-  
40 führt. Würden die Stimmen des Parteivorstands vom Ergebnis der Abstimmung abgezogen, so sähe

1 das Abstimmungsergebnis anders aus. Der Parteikonvent wie auch der Parteitag sollen aber die Mei-  
2 nung der Parteimitglieder abbilden. Hier soll der Willensbildungsprozess der Partei von diesen Men-  
3 schen und Meinungen geprägt werden. Deshalb soll der Parteivorstand weder auf Parteikonventen  
4 noch auf Parteitag automatisch stimmberechtigt sein.

5 Wir rügen das Verhalten der Parteispitze im Zuge der Debatte um die VDS. Wir fordern die Parteispitze  
6 auf, dass inhaltliche Debatten zukünftig nicht mehr an personelle Konsequenzen gekoppelt werden.  
7 Wir fordern die Parteispitze auch auf, dass es bei solchen grundsätzlichen Entscheidungen mit diesen  
8 weitreichenden Folgen, keine Kompromisse geben kann, seien sie aus Angst vor mangelnder Regie-  
9 rungsfähigkeit oder zur persönlichen Profilierung. Drohkullissen gegenüber den Delegierten aufzu-  
10 bauen ist ein Umstand, den wir aufs schärfste kritisieren. Inhaltliches Positionieren darf nicht an das  
11 Fortkommen oder die Position einzelner in der Partei gebunden werden. Die Partei muss sich darüber  
12 klar werden, was der Sinn und Zweck eines Parteikonvents ist und erkennen, dass der Parteikonvent  
13 keine Abnick-Veranstaltung des Parteivorstands ist. Dafür ist es nur konsequent, dass eine Trennung  
14 von Amt und Mandat stattfindet.

15 Wir wollen, dass die SPD eine Mitmach- und Mitentscheidungspartei ist, wo nicht alleine die Menschen  
16 entscheiden, die in Ämter gewählt sind, sondern auch jedes Basismitglied. Nur so kann unser Anspruch  
17 an eine innerparteiliche, demokratische Willensbildung erfüllt werden und nur so können wir Men-  
18 schen, die nicht parteigebunden sind, zeigen, dass wir uns dafür einsetzen, dass Politik uns alle etwas  
19 angeht.

## **A2 Flucht ist kein Verbrechen! 10 Punkte für einen schnellen Kurswechsel in der Asylpolitik.**

Antragssteller: Fabian Bremer

1 Das Jahr 2015 war ein tiefschwarzes Jahr für geflüchtete Menschen. Laut dem UNHCR befinden sich  
2 im Moment 60 Millionen Menschen auf der Flucht, davon die Hälfte Kinder – so viele, wie nie zuvor.  
3 Nur ein Bruchteil davon flüchtet nach oder erreicht Europa. Und die EU wehrt sich mit allen Mitteln  
4 gegen diese Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Hunger zu ihr fliehen. Seit dem Jahr 2000 sind  
5 ca. 28.000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch Europa zu erreichen, ertrunken. Nachdem im  
6 Mai 2015 innerhalb einer Woche mehr als 1.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, – ein trau-  
7 riger Rekord – reagierten die Staaten der EU mit dem Plan Boote sogenannter Schlepperbanden mili-  
8 tärlich zu zerstören. Damit weniger Menschen im Mittelmeer ertrinken, sollen weniger Menschen die  
9 Möglichkeit haben den Versuch zu wagen. Das Elend wird einfach weiter von den Außengrenzen weg-  
10 gedrängt.

11 Schaffen es die Menschen trotz aller Hindernisse und oft unter Einsatz ihres Lebens auf europäischen  
12 Boden, hat ihr Leid dennoch kein Ende. In überfüllten Aufnahmeeinrichtungen in den Staaten Südeu-  
13 ropas leben sie oft unter unmenschlichen Bedingungen und mit ungewisser Zukunft. Die reichen Staa-  
14 ten Nord- und Westeuropas lassen die wenigen Staaten an den Außengrenzen mit dem Problem im  
15 Stich, fliehen vor ihrer Verantwortung und verraten so die europäische Idee.

16 Die wenigen Geflüchteten, die es entweder direkt nach Deutschland schaffen oder „illegaler Weise“  
17 über ein anderes EU-Mitgliedsland nach Deutschland einreisen, finden auch oft überfüllte Erstaufnah-  
18 meeinrichtungen und unwürdige Bedingungen vor, auch wenn die Situation hier in aller Regel besser  
19 ist, als in vielen anderen EU-Ländern. Doch oft müssen gerade sie, die sie traumatisiert vor der Gewalt  
20 in ihrer alten Heimat geflohen sind, es ertragen, dass rassistische Mobs sich vor ihren Heimen versam-  
21 meln und Pogromstimmung verbreiten. Angefacht von den rassistischen Demos von Pegida & Co und  
22 salonfähig gemacht durch die CSU und AfD, machen sich „besorgte Bürger\*innen“ zu Mittäter\*innen  
23 an Hass und Gewalt. Die offiziellen Statistiken zählen allein im ersten Halbjahr 2015 150 Angriffe auf  
24 Unterkünfte von Asylsuchenden – fast so viel, wie im gesamten Vorjahr. Die Bilder und Berichte erin-  
25 nern an die schrecklichen Anschläge und Pogrome in den 90er Jahren.

26 Und daran erinnert leider auch die Reaktion der Politik. Etablierte Parteien wollen scheinbar den  
27 Rechtspopulist\*innen und Rassist\*innen nicht nachstehen und schlagen in dieselbe Kerbe. Statt Ge-  
28 flüchtete mit offenen Armen zu empfangen, wird – insb. von der CSU – gegen angeblichen Asylmiss-  
29 brauch gehetzt. Die SPD knickt, wie schon 1992, ein und stimmt für eine Verschärfung der Asylgesetze  
30 und die Erweiterung der „sicheren Drittstaaten“ – Öl ins Feuer der Rechten Rattenfänger. Damit trei-  
31 ben Union, SPD und Teile der Grünen die Aufteilung von Geflüchteten in „echte“ und „unechte“ Flücht-  
32 linge an. Der Einzelfall zählt nicht mehr, sondern eine aus politischer Bequemlichkeit getroffene Pau-  
33 schalentscheidung über die Sicherheit von Menschen.

34 Diese Entwicklungen veranlassen uns zehn Forderungen an Politik, Gesellschaft und eigenen Partei zu  
35 stellen, die es kurz- bis mittelfristig umzusetzen gilt. Dies tun wir auf dem Boden unserer bisherigen  
36 Beschlusslagen – unser Ziel bleibt ein globales Recht auf Migration und ein Bleiberecht für alle.

- 1 1. Dem rassistischen Mob muss Einhalt geboten werden! Wir unterstützen und solidarisieren uns mit  
2 der progressiven Zivilgesellschaft, die sich schützend vor die Heime stellt, sich für Geflüchtete stark  
3 macht und einladend die Hand ausstreckt. Ihre Arbeit muss gewürdigt und unterstützt werden.  
4 Wir verurteilen die rassistische Hetze und sind schockiert und wütend über die Gewalt, mit der  
5 Geflüchtete konfrontiert werden.
- 6 2. Flüchtlingshilfen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, die mit Geflüchteten in Kontakt stehen  
7 müssen in ihrer Arbeit strukturell und finanziell unterstützt werden. Insbesondere Stadtteilinitia-  
8 tiven, die mit Geflüchteten direkt vor Ort ins Gespräch kommen, sind ein wichtiger Bestandteil  
9 einer tatsächlichen Willkommenskultur.
- 10 3. Die Einrichtungen, in denen Geflüchtete untergebracht sind, müssen zu jedem Zeitpunkt ausrei-  
11 chend geschützt werden. Die sprungartigen Anstiege der Angriffszahlen auf Unterkünfte von Ge-  
12 flüchteten zeigen, dass der bisherige staatliche Schutz nicht ausreichend ist.
- 13 4. So schnell wie möglich soll flächendeckend das Konzept der dezentralen Unterbringung von Ge-  
14 flüchteten umgesetzt werden, dass eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben für die betroffe-  
15 nen Menschen erst richtig ermöglicht. Initiativen, die Geflüchteten helfen und ihnen beim Einstieg  
16 in ihr neues Leben helfen, müssen für ihre Arbeit ausreichend finanziert werden. Weiterhin  
17 braucht es in den Unterbringungen Schutzräume für Frauen\* und Kinder.
- 18 5. Die Länder und Kommunen dürfen bei der Betreuung der Geflüchteten nicht alleine gelassen wer-  
19 den. Der Bund muss richtige Prioritäten setzen und den Kommunen genügend Mittel zur Verfü-  
20 gung stellen.
- 21 6. Die kürzlich mit den Stimmen der Union, der SPD und von Teilen der Grünen beschlossenen Asyl-  
22 rechtsverschärfungen müssen zurückgenommen werden. Insbesondere die neuen Regelungen für  
23 Abschiebehaft, die beinhalten, dass es für Inhaftierung zukünftig reicht keinen Pass zu haben,  
24 „Schlepper\*innen“ bezahlt zu haben oder schlicht und ergreifend über ein „sicheres Drittland“  
25 (alle Nachbarländer Deutschlands gelten als sichere Drittländer) nach Deutschland gekommen zu  
26 sein, – alles Begleiterscheinungen einer Flucht – bedrohen praktisch jede\*n Geflüchteten und müs-  
27 sen sofort zurückgenommen werden.
- 28 7. Die Erweiterungen der „sicheren Drittstaaten“ auf Länder wie Serbien, Bosnien & Herzegowina  
29 und Mazedonien muss rückgängig gemacht werden. Bei diesen Erweiterungen wurden Warnungen  
30 von Menschenrechtsorganisationen, wie z.B. Pro Asyl ignoriert, die darauf hinwiesen, dass  
31 Roma\*Rominja und andere Minderheiten dort massiv rassistisch diskriminiert werden. Das Kon-  
32 zept der „sicheren Drittstaaten“ dient nur noch der Beschleunigung von Abschiebeverfahren ohne  
33 Prüfung jeglicher Schutzbedürfnisse. Es gehört daher umgehend abgeschafft.
- 34 8. Die SPD darf sich – egal ob in Regierungsbeteiligung oder nicht – nicht an Verschärfungen des Asyl-  
35 rechts beteiligen, auch wenn dafür Verbesserungen z.B. beim Bleiberecht „erkauft“ werden. Diese  
36 Verbesserungen sind Notwendigkeiten, für die zu streiten selbstverständlich ist. Sie sind aber nicht  
37 gegen andere Einschränkungen für Geflüchtete abwägbar. Die Sozialdemokratie darf sich nicht auf  
38 das Spiel einlassen, Geflüchtete in „echte“ und „falsche“ oder „gute“ und „schlechte“ einzuteilen.
- 39 9. Das Dublin-III-Verfahren ist unsolidarisch und führt in einigen Ländern Europas zu einer humanen  
40 Katastrophe. Die SPD und ihre Abgeordneten müssen sich für ein neues, solidarisches System der  
41 Verteilung von Geflüchteten in Europa einsetzen. Dabei müssen die Wünsche der Geflüchteten  
42 berücksichtigt werden und die reichen Länder viel stärker in die Pflicht genommen werden.
- 43 10. Das Massensterben im Mittelmeer zeigt die Verzweiflung der Menschen, die sich auf der Flucht  
44 befinden und wird sich mit stärkerer Abschottung nur vergrößern. Deshalb fordern wir legale Ein-  
45 reisewege für Geflüchtete, einhergehend mit der Abschaffung von Frontex. Die EU muss die nötige

1           Infrastruktur dafür in den betroffenen Regionen bereitstellen und eine sichere Einreise in ein EU-  
2           Land zur Weiterbearbeitung des Verfahrens garantieren.  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42

# A3 Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik

Antragssteller: Matthias Glomb

## 1 Ein Kampf um die demokratische Leitkultur in Europa

2 Die Bedeutung des europäischen Friedensprojektes zu betonen, ist eine gängige Formel politischer  
3 Diskurse. Sowohl Mitglieder der konservativen Parteien als auch Vertreter\*innen der politisch-gesell-  
4 schaftlichen Linken sind darum bemüht, ihre Politikentwürfe in einen Kontext einzubetten, der es  
5 ihnen erlaubt, ihre Vorstellungen als Mittel zur Sicherung dieses außergewöhnlichen Projektes darzu-  
6 stellen. Die europäische Idee dient selbst für solche ideologischen Argumentationslinien als legitima-  
7 tionsstiftende Quelle, die in der Praxis politischen Handelns offenbaren, dass sie eben jener Idee ab-  
8 träglich sind, ihr gar schaden.

9 Die Rede ist von der Hegemonie neoklassischer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Trotz eines  
10 kurzen Zwischenspiels keynesianischer Vorstellungen nach Ausbruch der internationalen Finanzkrise  
11 und der sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit verbreitenden Kritik am Siegeszug des Neoliberalismus  
12 seit dem Strukturbruch der 1970er Jahre bestimmen nach wie vor Dogmen das politische Treiben in  
13 der Europäischen Union, die die gegenwärtige Krise als eine Folge übermäßiger Regierungsausgaben  
14 verstanden wissen wollen. Als politische Antwort auf diese Deutung, die Ursache und Folge der globa-  
15 len Banken- und Finanzkrise bewusst verwechselt, etablierten sowohl konservative als auch sozialde-  
16 mokratische Regierungen ein europäisches Austeritätsregime, dessen Fokus bis heute auf der Konso-  
17 lidierung der Staatsfinanzen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums liegt.

18 Der Misserfolg und die katastrophalen Folgen dieser von der Bundesrepublik maßgeblich bestimmten  
19 Politik, die sich eines einfachen, moralisierenden Narratives bedient („*Schulden können nicht die Lö-  
20 sung für Schulden sein*“), zeichnen sich heute in keinem Land so deutlich ab wie in Griechenland. So  
21 sind nicht nur die Schulden Griechenlands trotz massiver Kürzungen im Staatshaushalt gestiegen (von  
22 106 Prozent im Jahr 2007 auf 170 Prozent in 2012), auch die gesellschaftlichen Implikationen des im-  
23 mer enger zu schnallenden Gürtels sind verheerend. Das soziale Sicherungssystem, das Gesundheits-  
24 wesen, das ehemals funktionierende Tarifvertragssystem und der Schutz von Arbeitnehmer\*innen-  
25 rechten wurden auf dem Altar der Austerität geopfert. Ein Drittel der griechischen Bevölkerung lebt  
26 mittlerweile in Armut, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor auf einem europäischen Höchststand von  
27 27 Prozent und liegt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sogar bei über 50 Prozent. Gleichzeitig  
28 wachsen aufgrund der sich stetig verschärfenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur in Griechen-  
29 land Populismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In vielen Mitgliedsstaa-  
30 ten der Europäischen Union sind im Zuge der Banken- und Finanzkrise Kräfte erstarkt, die einen natio-  
31 nalistischen Rollback fordern und damit besorgniserregende Wahlerfolge verzeichnen konnten.

32 Ein politischer Paradigmenwechsel, der dem verhängnisvollen Pfad der Austerität entsagt, ist jedoch  
33 nicht in Sicht. Die am 13. Juli 2015 getroffene Vereinbarung um ein drittes Hilfs- und Reformpaket für  
34 Griechenland verschreibt dem Patienten nach wie vor ein giftiges Gemisch aus Haushaltskürzungen  
35 und Liberalisierungsmaßnahmen. Dass dabei in Form von Genehmigungsvorbehalten für praktisch alle

1 finanzpolitischen Angelegenheiten weitgehende Eingriffe in die demokratische Grundordnung Grie-  
2 chenlands vorgenommen werden, ist Ausdruck einer sukzessiven Neuverfassung der Demokratie in  
3 Europa.

4 Der Philosoph Jürgen Habermas spricht in diesem Zusammenhang von einem „Rechtsstaat ohne Sozi-  
5 alstaat“, der an die Stelle der Demokratie gesetzt werde. Ähnlich formuliert es auch der Direktor des  
6 Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Wolfgang Streeck. Er arbeitet heraus, dass von Seiten  
7 der politischen Entscheidungsträger\*innen eine doppelte institutionelle Bindung staatlicher Politik an  
8 marktgerechte Prinzipien angestrebt werde: zum einen durch Selbstbindung in Gestalt von verfas-  
9 sungsrechtlich verankerten Schuldenbremsen und zum anderen durch Fremdbindung mittels interna-  
10 tionaler Verträge und europarechtlicher Verpflichtungen. Damit werde, so Streeck weiter, eine Mauer  
11 zwischen Wirtschaft und Politik gezogen, die es den Märkten gestattet, allein ihre Version von Gerech-  
12 tigkeit durchzusetzen. Dem Staat kommt dabei lediglich die Rolle desjenigen zu, der dem Markt mög-  
13 lichst unbehelligte Räume zur Entfaltung bereitstellt. Wenn wir also heute darüber streiten, ob der  
14 Kurs der Austeritätspolitik der richtige sei, dann geht es nicht nur um das Für und Wider des Sparens,  
15 sondern um einen systemischen Konflikt – einen Kampf um Demokratie, Sozialstaatlichkeit und um die  
16 Verteilung von Macht und Vermögen.

## 17 **Sozialdemokratische Krisenperformanz auf Stammtischniveau**

18 Die SPD hat sich in diesem Konflikt *inhaltlich* für „ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – nicht der  
19 Banken und Spekulanten“ (Wahlprogramm zur Europawahl, 2014) ausgesprochen. Im Alltag der poli-  
20 tischen Praxis blieb davon aber nicht viel übrig. Die Perspektiv- und Konzeptlosigkeit, mit der die sozi-  
21 aldemokratische Führung um Sigmar Gabriel im sogenannten Schuldenstreit mit Griechenland agiert,  
22 ist symptomatisch für die Lage der deutschen Sozialdemokratie im Jahr 2015. Statt eine tatsächliche  
23 Gegenhegemonie zur neoliberalen Agenda auszubilden und der großen Herausforderung zu begegnen,  
24 eine neue Klammer für sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert zu formulieren, imitiert sie den  
25 Kurs der Unionsparteien.

26 Der deutlichste Ausdruck der inhaltlichen Resignation der Sozialdemokratie unter Sigmar Gabriel ist  
27 das vom Parteivorstand beschlossene Diskussionspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“. Dieses  
28 Papier bricht mit seiner absoluten Hinwendung zur bürgerlichen Mitte, der Überbetonung von Sicher-  
29 heit als neuem Wert sozialdemokratischer Politik und der Forderung nach einem unverkrampfteren  
30 Verhältnis zum deutschen Nationalstaat nicht nur mit grundsätzlichen Positionen der SPD und unseres  
31 Verbandes, sondern offenbart auch die mangelnde Fähigkeit der Parteiführung zur Selbstkritik. Denn  
32 während auf der eine Seite die Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Populismus als zentrale  
33 Aufgabe einer „Politik aus der Mitte des Alltags“ postuliert wird, waren es auf der anderen Seite vor  
34 allem sozialdemokratische Spitzenpolitiker\*innen, die in den vergangenen Monaten mit überraschend  
35 harten Äußerungen zum Auftreten der griechischen Regierung aufgefallen sind und damit beispiellos  
36 die deutschen Stammtische bedient haben. Allen voran Sigmar Gabriel, der nicht nur viele Funktio-  
37 när\*innen unserer Partei durch seine Mitwisserschaft der Grexit-Pläne von Wolfgang Schäuble dü-  
38 pierte, sondern auch am schärfsten auf das demokratische Votum der griechischen Bevölkerung über  
39 die Reformauflagen der Gläubiger\*innen reagierte.

40 Solches Agieren kann als Reaktion auf die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber den  
41 europäischen Peripheriestaaten gedeutet werden, der man aus Angst, bei der nächsten Wahl wieder

1 abgestraft zu werden, lieber nach dem Mund redet. Damit stimmt die SPD in den Chorus derjenigen  
2 ein, die das Klima der solidarischen Zusammenarbeit der europäischen Mitgliedsstaaten vergiften und  
3 nachhaltig schädigen. Statt als progressive, dem Internationalismus verpflichtete Kraft auf die alternativen  
4 Politikentwürfe der griechischen Regierung unter Alexis Tsipras einzugehen, werden diese als  
5 ideologischer Quatsch abgetan. Das skizzierte Verhalten der SPD und die Betonung der Alternativlosigkeit  
6 der Austeritätspolitik in der politischen Praxis ist aber selbst Ideologie in Reinkultur. Die SPD, deren  
7 Spitzenpolitiker\*innen die griechische Regierung mit am lautesten dazu aufgefordert haben, die vereinbarten  
8 Sparauflagen und Reformen durchzusetzen, wird damit zum kümmerlichen Wurmfortsatz  
9 des bürgerlichen Parteienspektrums. Aus diesem Konflikt inhaltlicher Absichtserklärungen und tatsächlicher  
10 Krisenperformanz resultiert schließlich auch der Mangel an Glaubwürdigkeit, mit dem die  
11 SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zu kämpfen hat. Trotz alledem soll nicht unerwähnt bleiben,  
12 dass Tsipras durch die Koalition seiner linken SYRIZA-Partei mit der rechtspopulistischen ANEL-Partei  
13 einen demokratischen Konsens gebrochen hat, die der Kritik bedarf, nämlich dass es keine Kooperation  
14 mit Rechtspopulist\*innen geben darf.

15 Für uns Jusos ist klar: So kann es nicht weitergehen. Wir fordern insbesondere Sigmar Gabriel dazu auf,  
16 endlich seiner Verantwortung als Vorsitzender derjenigen Partei gerecht zu werden, die Anfang des  
17 vergangenen Jahrhunderts die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ (Heidelberger Programm,  
18 1925) zur sozialdemokratischen Vision erhoben hat. Dazu gehört, sich in einem zweifelsohne notwendigen  
19 Prozess der programmatischen Erneuerung nicht dem deutschen Michel anzubiedern.

## 20 **Sozialdemokratische Weichenstellungen für Europa**

21 Weniger Patriotismus, mehr Europa und internationale Solidarität. Das muss die sozialdemokratische  
22 Antwort auf die internationale Banken- und Finanzkrise sein, die dem europäischen Friedensprojekt  
23 die Luft zum Leben – nämlich Demokratie, Sozialstaatlichkeit und eine dem Menschen dienende Wirtschaft –  
24 nimmt. Denn Europa kann nur als gemeinsames Projekt fortexistieren, wenn der Kälte des Marktes  
25 endlich die konkrete Vision eines solidarischen Europas entgegengesetzt wird. Der politische  
26 Kurs von Angela Merkel, der auch von Seiten der SPD Unterstützung erfährt, hat die Europäische  
27 Union, insbesondere die Eurozone an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geführt. Deshalb sind wir Jusos  
28 der Meinung: Innerhalb der SPD muss grundsätzlich umgedacht und anders gehandelt werden.

29 Wir wollen eine Sozialdemokratie, die zukünftig wieder die Speerspitze derjenigen bildet, die den krisen-  
30 behafteten Politikentwürfen von Konservativen und Neoliberalen etwas entgegensetzt. Auch wenn  
31 dies heute in großen Teilen der deutschen Gesellschaft unpopulär sein mag, gilt es, das Narrativ des  
32 immer enger zu schnallenden Gürtels aufgrund staatlicher Dekadenz als populistische Lüge zu entlarven.  
33 Nicht nur deshalb ist es absolut fahrlässig, wenn sich der Parteivorsitzende der SPD mit Worten in  
34 den sogenannten Schuldenstreit einmischt, die implizit suggerieren, dass in erster Linie Griechenland  
35 für die Eurokrise verantwortlich sei. Anstatt solcher Mythenbildungen braucht es eine neue, sozialde-  
36 mokratische Erzählung und Politik, die das politische Projekt Europa nicht nur als Schuldengefängnis  
37 und Währungsgemeinschaft erscheinen lässt. Stattdessen muss eine Politik formuliert werden, die  
38 neues Vertrauen in die Europäische Union und zwischen den Mitgliedsstaaten stiften kann. Wir wollen,  
39 dass die SPD in Zusammenarbeit mit allen Parteien der SPE ein maßgeblicher Motor dieser Politik wird.

40 Wir sind der Überzeugung, dass eine solche Politik vor allem soziales Wachstum anregen muss, um der  
41 wirtschaftlichen Krise und dem wachsenden Elend der Menschen Einhalt gebieten zu können. Sie muss

1 Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen, den weiteren Kahlschlag des Sozialstaats verhindern und ins-  
2 besondere der Jugend wieder Perspektiven geben. Dabei wird es aber nicht reichen, einzelne, für sich  
3 getrennte Investitions- und Wachstumsimpulse zu setzen. Vielmehr braucht es ein politisch-wirtschaft-  
4 liches Programm für Europa, das in seiner Größenordnung und ideellen Strahlkraft dem Marshallplan  
5 entspricht. Nur ein solches gesamteuropäisches Projekt ist in der Lage, die auch von Sozialdemo-  
6 krat\*innen eingerissenen Brücken wieder aufzubauen.

7 Wir Jusos wollen für eine solche Politik werben. Denn die historische Verantwortung der Sozialdemo-  
8 kratie im Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet uns, das europäische Haus vor  
9 dem Einsturz zu bewahren. Ihr wollen wir Jusos gerecht werden. Ob das aber noch mit einem Partei-  
10 vorsitzenden möglich ist, der trotz aller Spitzen gegen neoliberale Politiken Teil eben jener ist, bezwei-  
11 feln wir. Ein Parteivorsitzender und eine Sozialdemokratie, die im Zuge der sogenannten Staatsschul-  
12 denkrise Zuflucht im Populismus und Nationalen suchen, dürfen nämlich keine Zukunft haben. Es wird  
13 Zeit für einen Richtungswechsel, für eine neue sozialdemokratische Erzählung, in deren Mittelpunkt  
14 wieder die Entfaltung internationaler Solidarität stehen muss.

## **A4 Kultur für alle – Eckpunkte einer progressiven Kulturpolitik**

Antragssteller: Philipp Breder

1 Kultur – die Auseinandersetzung mit ihr, der persönliche Schaffensprozess und die kritische Rezeption  
2 – ist Bereicherung für den Menschen. In den aktuellen Entwicklungen nimmt die Kultur aber keinen  
3 angemessenen Stellenwert mehr ein: Unterfinanzierte Kommunen und auch durch die selbstaufer-  
4 legte Last der Schuldenbremse eingeschränkte Bundesländer sind dazu gezwungen, ihre „freiwilligen  
5 Leistungen“ massiv zurückzufahren. Dass Kürzungen im ohnehin finanziell vom Staat kaum bedachten  
6 Kulturbereich aber erstens nicht viel Geld einsparen und die gesamtgesellschaftlichen Folgen dieser  
7 Politik zweitens katastrophal sind, ist selten Thema in Kürzungsdebatten. Diese Unterschätzung der  
8 schöpferischen Erkenntnisleistungen innerhalb der Kultur sind Produkt der Ökonomisierung aller Le-  
9 bensbereiche – und schließlich auch der Kultur selbst. Die strukturelle Vernachlässigung der kulturellen  
10 Bildung führt jedoch erst zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich und dann zum  
11 Aussterben jeglichen kulturellen Lebens.

12 Oft wird behauptet, dass Kultur etwas sei, das außerhalb der sozialen Frage liege. Das ist falsch. In der  
13 Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung war die Kultur immer wieder ein relevanter Streitpunkt. Kul-  
14 tur sollte als Möglichkeit der Selbstreflexion, die gesellschaftliche Entwicklungen bedingt, allen offen  
15 stehen. Die emanzipatorische Wirkung von Kultur für die proletarische Bewegung war für sie stets auch  
16 gesellschaftlicher Impuls und Lebenselixier.

17 Heute jedoch wird Kultur lediglich als Rohstoff betrachtet, der sich dem Geist der postmodernen Ge-  
18 sellschaft anbietet, um deren offen propagierten Lebensstil zu möblieren. Die Kultur gibt so heute  
19 ihre Autonomie selbst auf und kann nur in einem vorab bestimmten Bereich aktiv werden. Im proleta-  
20 rischen Sinn soll Kultur aber eben nicht lediglich das Leben ausschmücken, sondern auch zum Wider-  
21 spruch zu den bestehenden Verhältnissen taugen. Deshalb muss Kulturpolitik heute als Gesellschafts-  
22 und Zukunftspolitik verstanden werden. Die Forderung nach Kultur für alle ist eben auch eine Forde-  
23 rung nach der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und weitergehend eine Forderung nach der  
24 Möglichkeit zur aktiven Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

### **25 Kultur – eine versuchte Begriffsbestimmung**

26 Über eine Definition von Kultur kann nicht mehrheitlich befunden werden. Vielmehr ist die Kulturland-  
27 schaft eine Landschaft der Vielfalt. Sie ist Abbild der menschlichen Vielfalt einer Gesellschaft, in der sie  
28 entsteht. Kultur ist daher als ein Begriff im Plural zu verstehen, der die kulturelle Vielfalt in ihren ver-  
29 schiedensten Ausdrucksformen begreift. Kultur ist die Pflege aller geistigen Anstrengungen, alles  
30 Schöpferischen, das jedem Menschen innewohnt, das sich sodann in der Gesellschaft entfaltet. Kultur  
31 ist Ausdruck und Mittel der kontinuierlichen Entwicklung des Menschen und seiner Selbstvervoll-  
32 kommung. Kultur stellt die Existenzfrage, wie wir leben wollen.

33 Gerade nach den die Humanität tötenden Erfahrungen des Nationalsozialismus braucht es einen ex-  
34 tensiven Freiheitsraum für die Kultur, damit auch das Utopische, das Revolutionäre und das sich nicht  
35 in die bisherige Ordnung Einfügende einen Platz erhält. Dieser Freiheitsraum besteht aus allen kultu-

1 relen Kräften: aus der Kunst-, der Wissenschafts-, der Forschungs-, der Lehr-, der Presse-, der Glau-  
2 bens- und der Bekenntnisfreiheit. Gemeinsam schaffen sie eine kulturelle Öffentlichkeit, die gegen die  
3 entfesselte Macht des Kapitals sowie kritisch gegenüber dem Staat agiert.

#### 4 **Kultur – eine elementare Aufgabe des Staates**

5 Aufgabe des Staates ist es, die Kultur zu schützen und zu fördern. Die notwendige Abstimmung in der  
6 Kulturförderung kann jedoch nur durch eine gesamtstaatliche Kommunikation und Koordination in  
7 Hand des\*der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erfolgen. Daher muss das Amt  
8 der\*des Beauftragten durch einen Aufwuchs der finanziellen und personellen Mittel für den kulturel-  
9 len Bereich eine deutliche Aufwertung erfahren.

10 Damit die Förderung der Kultur von Seiten des Staates in einem ausreichenden Maße unterstützt wird,  
11 muss die Kultur als Staatsziel festgeschrieben werden. Es braucht daher einen neuen Artikel 20 b GG:  
12 *„Der Staat schützt und fördert die Kultur. Kulturförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund,*  
13 *Ländern und Kommunen. Jeder Mensch hat das Recht auf kulturelle Bildung und Teilhabe.“*

14 Die Mittelvergabe an Kulturschaffende und einzelne Kunstprojekte muss transparent und nachvoll-  
15 ziehbar ablaufen. Auch muss den Kulturschaffenden die Bürokratie möglichst abgenommen werden.  
16 Staatliche Kulturförderung muss primär aktivierend und zugleich subsidiär sein. Kommunen sind als  
17 erste Anlaufstellen für Kulturschaffende mit ausreichend Mitteln auszustatten. Bei landes- oder bun-  
18 desweiterer Bedeutung von Kulturprojekten sehen wir aber auch die Länder und den Bund in der Pflicht.  
19 Die Finanzierung der staatlichen Kulturförderung soll unter anderem durch eine am Steuersystem ori-  
20 entierte Kulturförderabgabe gesichert werden. Die Form eines pauschalen Beitrages für Teile der Kul-  
21 tur (beispielsweise den Rundfunkbeitrag in seiner jetzigen Ausgestaltung) lehnen wir ab.

22 Dieser kooperative Kulturföderalismus muss durch Kulturfördergesetze abgestimmt werden. Diese Ge-  
23 setze sollen aber keine statischen Pläne mit dem Ziel der Verwertbarkeit von Ergebnissen sein, sondern  
24 den Kulturschaffenden Planungssicherheit geben. Es braucht daneben langfristige Kulturentwicklungs-  
25 pläne. Kulturförderung kann aber nicht in der Form von Top-Down-Projekten geschehen. Sie muss viel-  
26 mehr aus der künstlerischen Praxis durch Selbstverwaltungsstrukturen geschehen. Um aber die kultu-  
27 relle Vielfalt abzusichern, ist die Kontrolle des Staates notwendig. Dieser muss auch im kulturellen Be-  
28 trieb Diversität sichern.

29 Die Forderung nach Kultur für alle bedeutet, dass der Staat die Voraussetzungen dafür schaffen muss,  
30 dass alle in der Lage sind Kultur zu erfahren aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben,  
31 um Kultur zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass alle Arbeitnehmer\*innen in einem angemessenen Maße  
32 für kulturellen Bildungsurlaub von der Erwerbsarbeit freigestellt werden. Um die Möglichkeit kulturel-  
33 ler Teilhabe zu erhöhen, müssen insbesondere auch öffentliche also nicht-kommerzielle kulturelle Ein-  
34 richtungen flächendeckend und bedarfsgerecht vorhanden und ausfinanziert sein. Kosten sollen für  
35 die Nutzer\*innen nicht entstehen.

#### 36 **Kultur – eine schutzwürdige Errungenschaft**

1 Wesentlicher Bestandteil der Debatte um den Schutz von Kultur muss die Erinnerung an die kulturzer-  
2 störende nationalsozialistische Diktatur und den von ihr entfesselten Zweiten Weltkrieg sein. Das na-  
3 tionalsozialistische Deutschland hat schon 1933 mit der massiven Vernichtung von Kulturgütern be-  
4 gonnen und sich auch in diesem Bereich Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht. Die Ver-  
5 brechen der Nationalsozialist\*innen mahnen uns alle zur aktiven Erinnerungskultur und zur Bewah-  
6 rung der Geschichten derjenigen, die unter der Gewaltherrschaft Leid ertragen oder ihr Leben lassen  
7 mussten.

8 Es ist Aufgabe des Staates, dass die Freiheit der Kultur durch ihn aber auch von ihm gesichert ist. Zensur  
9 in jeder Form lehnen wir ab. Auch bedürfen Kulturschaffende des besonderen Schutzes durch den und  
10 vor dem Staat. Dabei ist für uns jedoch eine Grenze erreicht, wenn Kultur dazu verwendet wird, demo-  
11 kratiefeindliche Inhalte zu verbreiten.

12 Die Freiheit der Kultur wollen wir auch durch die Entkriminalisierung von Straßenkunst sichern. Das  
13 bedeutet auch, dass für uns beispielsweise das Sprühen von Graffiti keine Sachbeschädigung darstellt.  
14 Der Raum zur öffentlichen Entfaltung des künstlerischen Begehrens muss auch Straßenkünstler\*innen  
15 eingeräumt werden, solange sie dafür lediglich öffentliches Eigentum verwenden, das nicht in seiner  
16 Funktionsfähigkeit eingeschränkt wird.

17 Daneben wollen wir aber auch das Urheber\*innenrecht von Kulturschaffenden schützen. Jedenfalls für  
18 jedwede kommerzielle Verwertung von Kultur muss den Schaffenden eine angemessen Vergütung ge-  
19 zahlt werden. Aber auch durch den Erhalt der ermäßigten Mehrwertsteuer für kulturelle Güter wollen  
20 wir ihre Vielfalt absichern. Diese ermäßigte Mehrwertsteuer gilt es auf digitale kulturelle Angebote  
21 auszuweiten.

## 22 **Kultur – ein auswärtiger Friedensdialog**

23 Die Erinnerung an den Kulturimperialismus der Kolonialist\*innen ist mahnendes Beispiel, wie auswär-  
24 tige Kulturpolitik missbraucht werden kann. Aus diesen Erfahrungen ziehen wir Schlüsse für die Ge-  
25 genwart. Für uns ist Kultur heute keine Vertreterin außenpolitischer Interessen. Es geht vielmehr um  
26 die Minimierung von Konflikten in der Welt – auch durch die Ermöglichung kulturellen Dialogs. Frie-  
27 denssicherung soll verwirklicht werden durch drei Säulen verantwortungsvoller Außenpolitik: Politik,  
28 Wirtschaft und auswärtige Kulturpolitik.

29 Terroristische oder kriegerische Auseinandersetzungen vernichten kulturelles Erbe und die Handlungs-  
30 möglichkeiten der Kulturschaffenden. Aus Antiterrorismus-Allianzen müssen Prokultur-Allianzen wer-  
31 den, die ein Klima der Prävention schaffen. Um Terrorismus seine Handlungsspielräume zu entziehen  
32 ist nämlich viel mehr notwendig, als ein militärischer Sieg.

33 Aber eine Tatsache, vor der wir nicht die Augen verschließen können, ist auch, dass Kulturschaffende  
34 weltweit verfolgt und unterdrückt werden, eben weil Kunst eine so große emanzipatorische Wirkung  
35 entfalten kann. Deshalb wollen wir die Möglichkeit des Kulturschaffens und der -aneignung als Men-  
36 schenrecht festschreiben. Wir müssen Diktaturen anklagen, in denen die Kunstaübung kontrolliert  
37 oder verboten wird.

38 Um die Kultur auch im internationalen Verkehr besonders zu schützen, fordern wir besondere Schutz-  
39 klauseln für die Kulturarbeit in Freihandelsabkommen, die sicherstellen, dass die Bestimmungen der

1 UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in  
2 jedem Fall Berücksichtigung finden.

### 3 **Kultur – ein Bestandteil kapitalistischer Erwerbsarbeit**

4 Die sozialistische Bewegung war, ist und bleibt stets eine Bewegung der Arbeit – auch der künstleri-  
5 schen und kreativen Arbeit. Viele Kulturschaffende können heute ihren Lebensunterhalt nur durch un-  
6 sichere Projektfinanzierungen und staatliche Unterstützungsleistungen bestreiten. Aber auch gänzlich  
7 unbezahlte Kulturarbeit ist die Regel. Prekären Beschäftigungsverhältnissen treten wir entgegen. Um  
8 diese langfristig zu verhindern, braucht es eine Festlegung von Honoraruntergrenzen für die verschie-  
9 denen Kunstformen.

10 Wir bekennen uns aber auch zur heutigen Form der Künstler\*innensozialversicherung. Diese Form der  
11 solidarischen Finanzierung ist auf Grund der speziellen Lage der Kulturschaffenden gerechtfertigt. Zu-  
12 gleich fordern wir aber die Abschaffung der Ausnahmen innerhalb der Künstler\*innensozialversiche-  
13 rung beim Kunsthandwerk (beispielsweise für Goldschmied\*innen, Instrumentenbauer\*innen, Tätö-  
14 wierer\*innen).

### 15 **Ein Mehr an Kultur als Ziel linker Politik**

16 Kultur ist das niemals abgeschlossene Selbstgespräch in der demokratischen Gesellschaft. Es ist die  
17 schöpferische, künstlerische, literarische, musikalische, kritisch-intellektuelle Auseinandersetzung auf  
18 Grundlage von Werten, Erfahrungen, Wissen und Weltdeutungen, einschließlich von Reflexionen über  
19 die beste Form politischer Ordnung. Kultur ist das Vergnügen, an der Welt zu zweifeln, Strukturen um-  
20 zustürzen und zu verändern. Sie ist mal verstörend, aber auch Anregung für das alltägliche Leben. Sie  
21 ist nicht zuletzt Genuss und Freude.

22 Der letzte Zweck linker Politik muss daher immer ein Mehr an Kultur sein, denn Kulturpolitik ist stets  
23 Gesellschafts- und Zukunftspolitik. Kultur ist nicht nur schöner Schein, ist nicht Dekoration oder die  
24 Schlagsahne auf dem Kuchen. Sie beschreibt nicht nur, wie wir leben, sondern definiert auch, wie wir  
25 leben wollen: Mit Hilfe der Kultur verständigen sich Menschen über Sinn und Perspektive des indivi-  
26 duellen und gemeinschaftlichen Lebens, orientieren sich über das, was ihnen wichtig und lebenswert  
27 ist und wofür sie ihre Kräfte einsetzen wollen.